

Schwarzwälder Tageszeitung

Gegründet
1877

„Aus den Tannen“ Fernsprecher
Nr. 11

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

Erscheint wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1,80 Mark. Der Einzelnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamezeile 45 Goldpf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt ob. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorfahrung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 5780. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr

Dr. 261

Altensteig, Montag den 8. November

1926

Attentats- und Mordversuche im Süden

Faschistenraube in Italien

Rom, 5. Nov. Bei Beratung von Maßnahmen zum Schutz der öffentlichen Ordnung legte der Justizminister dem Ministerrat einen Gesetzentwurf vor, in dem unter Abänderung des Strafgesetzbuches für Anschläge auf Leben und Freiheit der Mitglieder des Königshauses und des Chefs der Regierung, ferner für die unter Begriff des Landesverrats fallenden Verbrechen und für bewaffneten Widerstand gegen die Staatsgewalt, sowie Aufreizung dazu, die Todesstrafe vorgesehen wird. Die Verteidigung solcher Verbrechen in der Presse, die Neubildung verbotener politischer Verbände und die Werbung für solche Verbände werden mit Zuchthausstrafen zwischen 5 und 30 Jahren bestraft. In dem Gesetzentwurf zum Schutz des Staates wird weiterhin für die Verbreitung falscher Nachrichten über die innere Lage des Staates und die Entfaltung einer dem nationalen Interesse schädlichen Tätigkeit eine Strafe von 5 bis 15 Jahren Zuchthaus vorgesehen. Die Aburteilung ausgeführter Verbrechen untersteht Sondergerichten aus je 5 Offizieren der Miliz, unter Vorsitz eines Generals der Armee oder der Miliz. Der Gesetzentwurf wurde vom Ministerrat angenommen.

Ein Kopfschmerz der Faschisten

Paris, 6. Nov. Die Verhaftung des Obersten Ricciotti Garibaldi unter dem Verdacht, ein Kopfschmerz des Faschismus und ein Vertreter seiner republikanischen Freunde zu sein, wird in Paris als eine gewaltige Sensation behandelt. Garibaldi ist ein Enkel des großen Garibaldi. Er hat die Freischaren der Garibaldianer neu organisiert, und er kündigte vor zwei Jahren an, daß er nach dem Vorbild seines großen Ahnen seine Garde der Freiheit gegen das Rom Mussolinis führen werde. Garibaldi war aber auch ein heißer Freund der französischen Republik. Er ist Offizier der Ehrenlegion, ein stattlicher Mann, der bei jeder öffentlichen Gelegenheit Aufmerksamkeit erregt und an dessen Gesinnung niemand zu zweifeln wagte. Dieser Mann ist unter polizeilicher Überwachung in ein Abteil erster Klasse gesetzt und von Nizza nach Paris gebracht worden. Er wurde von der politischen Polizei vernommen, nachdem er bereits bei dem ersten Verhör in Nizza eingestanden hat, daß er von einem Agenten der faschistischen Regierung, dem Polizeihauptmann La Volla, die Summe von hunderttausend Francs erhalten hat. Der Zweck dieser Zahlung ist nach der Auffassung der französischen Polizei Mar. Garibaldi organisierte republikanische Verschwörungen in Frankreich, um dann die Verschwörer an die Regierung Russlands zu verraten. Es bestehen Gründe für den Verdacht, daß Mejer Mann ... das katalonische Komplott zur Anzeige bringen ließ, nachdem er einen Teil seiner Anhänger dazu veranlaßt hatte, an der Bewegung teilzunehmen. Alle in Perpignan verhafteten Italiener sind Freischärler Garibaldi.

Paris, 6. Nov. Ricciotti Garibaldi hat bei seiner Vernehmung durch die Sicherheitspolizei gestanden, seit acht Monaten im italienischen Polizeidienst gestanden zu haben. In diesem Geständnis wurde er veranlaßt, als ihm nachgefragt wurde, daß er mit dem Chef der römischen Polizei der sich mit falschem Paß in Nizza aufhielt, in Verbindung gestanden habe. Garibaldi gab auch zu, daß er dafür 400 000 Lire von der politischen Polizei in Rom erhalten habe.

Neues vom Tage

Deutsche Note an Polen

Warschau, 6. Nov. Die deutsche Regierung hat der polnischen Regierung eine Note zugehen lassen, die als Antwort auf die polnische Note in der Chorzowfrage anzusehen ist. In dieser Note erklärt die deutsche Regierung, daß sie bereit sei, die Angelegenheit auf friedlichem Wege zu erledigen. Sie schlägt vor, am 15. November die 3. Konferenz in Berlin abzuhalten. Als Bedingung für das Zustandekommen dieser Konferenz verlangt jedoch die deutsche Regierung die grundsätzliche Anerkennung des Haager Schiedsspruches in der Chorzowfrage durch die polnische Regierung. Wie von gut unterrichteter Seite verlautet, ist die polnische Regierung geneigt, den deutschen Vorschlag in der Chorzowfrage anzunehmen und sich an der Konferenz zu beteiligen.

Revision im Weiserder Prozeß

Hildesheim, 7. Nov. Die beiden Hauptangeklagten im Attentatsprozeß, Schiefinger und Willi Weber, haben ihre Rechtsbestände, die Rechtsanwälte Weidorn und Weber, Hildesheim, gebeten, gegen das Todesurteil Revision einzulegen. Die Rechtsanwälte werden, wie wir von ihnen hören, diesen Antrag baldigst beantworten und das Reichsgericht um Nachprüfung der Frage bitten, ob der allgemeine Nordparagraf zur Anwendung kommen kann.

Das deutsche Experiment in Prag — mißglückt?

Prag, 6. Nov. Nach genau dreiwöchigem Bestande des deutsch-tschechischen Kabinetts Soehla sind Ereignisse von solcher Tragweite eingetreten, daß das weitere Verbleiben der deutschen Minister in der Regierung ernsthaft in Frage gestellt ist. Der deutsche Justizminister Mayr-Harting wurde in der Sitzung des Budgetausschusses daran gehindert, in deutscher Sprache Erklärungen zu machen, wodurch ein Konflikt entstand, über dessen Ausgang man sich kaum einem Zweifel hingeben kann.

Amerika zahlt seinen Steuerüberschuß zurück

New York, 6. Nov. Die amerikanische Regierung beabsichtigt, den Steuerzahlern eine Viertelmilliarde Dollars zurückzugeben, die infolge Steuerüberschusses zuviel eingekommen sind. Der Kongreß dürfte voraussichtlich der Vorlage zustimmen, die vom Präsidenten Coolidge bereits genehmigt ist.

Perlen gegen die Locarno-Politik

Genf, 6. Nov. Der Generalsekretär des Völkerbundes, Sir Eric Drummond, veröffentlicht in einer Note an den Völkerbundsrat und an sämtliche Mitgliedstaaten des Völkerbundes ein Schreiben des händigen perischen Völkerbundsdelegierten, Prinzen Arfa, in dem dieser im Namen seiner Regierung erklärt: Perisien könne sich der Interpretation des Art. 16 des Völkerbundsstatuts, die in dem Anhang des Locarnoabkommens über die Beteiligung Deutschlands bei einem Völkerbundsvertrage enthalten sei, nicht anschließen. Perisien, das sich gleichfalls jeder Einschränkung des Art. 10 des Statuts über den Gebietschutz der Mitgliedstaaten widersetzt, müsse in dieser Interpretation des Artikels 16 eine bedauerliche Einschränkung der Garantien für die Sicherheit der Mitgliedstaaten des Völkerbundes erblicken. Die perische Regierung könne sich aus diesem Grunde dem Wunsche der Völkerbundsversammlung auf eine weitere Ausdehnung der Prinzipien des Locarno-Abkommens nicht anschließen und stimme hierin mit der Erklärung der finnländischen Regierung überein, die diese auf der 7. Völkerbundsversammlung abgegeben habe.

Deutscher Reichstag

Beschlüsse des Reichstages zur Erwerbslosenfrage

Berlin, 6. Nov. Der Hauptausschuß des Reichstages beschloß heute mit dem Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses in der Frage der Erwerbslosenfrage. In der Abstimmung wurde entgegen den gestrigen Beschlüssen des sozialpolitischen Ausschusses das Ersuchen nach einer Vorlage ablehnen, den Begriff der Ausgesteuerten zu befristen und die Erwerbslosenfrage zeitlich unbefristet zu gewähren. Gestrichen wurde weiter die Einbeziehung der inenbüchlichen Erwerbslosen in die Erwerbslosenunterstützung und endlich die Bestimmung die Erwerbslosen auf Kosten der Fürsorge gegen Invalidität zu versichern. Es bleibt also bei dem Vorschlag der Realisierung, in Form einer Krisenfürsorge den Ausgesteuerten zunächst bis zum 31. März 1927 die Erwerbslosenunterstützung weiter zu gewähren. — Reichsfinanzminister Dr. Reinhold berechnete die Mehrkosten für die im Sozialauschuß beschlossene Erhöhung der öffentlichen Erwerbslosenunterstützung auf rund 9 Millionen Reichsmark für den Monat. Diese 9 Millionen müßte bei der mangelnden finanziellen Kraft der Länder und Gemeinden das Reich allein tragen. Es könne dies nur aus den erhöhten Zolleinnahmen geschehen. Die weitere Voraussetzung sei, daß die Erwerbslosenversicherung am 1. April 1927 verabschiedet werde. Dagegen sei es unmöglich, dem Beschluß über die Verlängerung der Sozialversicherung für die Ausgesteuerten in der vom sozialpolitischen Ausschuß beschlossenen Form zuzustimmen. Die getrennte Behandlung der Fürsorge könne bis 31. März in der bisherigen Form verlängert werden und diese Sähe könnten proportional zwischen Reich und Gemeinden verteilt werden. Dr. Reinhold betonte weiter, daß der Reichsstat weitere 13 Millionen monatlich zu tragen haben würde, wenn die Ausgesteuerten ganz auf das Reich übernommen würden. Ohne Beteiligung der Gemeinden würden die Länder sich weigern, diese Lasten zu übernehmen. Dann folgte die obige Abstimmung.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 6. Nov. Das Plenum des Landtages trat zu einer Sitzung zusammen. An Stelle des nach Berlin verzogenen Abg. Esjas (Dem.) ist Frk. Eberhardt in den Landtag eingetreten. Zunächst wurden durch Ministerialrat Köstlin einige Kleine Anfragen beantwortet und dann die erste Lesung des Gesetzesentwurfes betr. die Neuordnung der Gewerbesteuer vorgenommen. Finanzminister Dr. Dehlinger gab eine Begründung des Gesetzesentwurfes, der eine gerechte und gleichmäßige Steuer anstrebe und eine festere Grundlage schaffen wolle, mit der die Steuerpflichtigen zum Voraus wieder rechnen können. Es sei wohl möglich, daß mancher nach dem neuen Gesetz mehr Gewerbesteuer zahlen müsse als im Vorjahr. Dies beweise nur, daß die vorläufige Einschätzung von unzulässigen Grundlagen ausginge, nicht aber, daß das neue Gesetz nicht den Forderungen der Gerechtigkeit entspreche. Die Versorgungsbetriebe der öffentlichen Körperschaften sollen nicht zur Staatssteuer und vorläufig auch nicht zur Gemeindesteuer herangezogen werden. Die Regelung dieser Frage soll erst später, bei der demnächst aus einem anderen Anlaß notwendig werdenden Veränderung des Gemeindesteuergesetzes erfolgen. Abg. Winter (Soz.) wünschte Steuerbefreiung für die gemeinnützigen Siedlungsunternehmungen und Heranziehung des Betriebskapitals zur Gewerbesteuer. Er polemisierte weiter gegen den Finanzminister wegen der Gebäudeversicherungsteuer und wünschte von ihm Auskunft über Mittel und Wege, um die 13 Millionen Steuerrückstände einzutreiben. Abg. Roth (Dem.) erklärte in dem Entwurf eine unerwünschte Benachteiligung Württembergs. Der Minister habe alle Wünsche aus den Kreisen der Gewerbesteuerpflichtigen außer Acht gelassen. Die Regierung dürfe sich daher nicht wundern, wenn die Kreise von Industrie und Handel auf die Reichsregierung härtere Hoffnungen setzen, als auf die württ. Regierung. Abg. Roth (D. V.) stimmte dem Prinzip, bei der ungenutzten steuerlichen Belastung mehr auf die Leistungsfähigkeit abzuheben, zu. Abg. Müller (Soz.) betonte, daß die Frage der Heranziehung der Versorgungsbetriebe zur Steuer, im Ausschuß geprüft werden müsse und erklärte die Bereitwilligkeit, bei diesem Gesetz einen Ausgleich zwischen Gewerbe und Landwirtschaft zu schaffen. Abg. Rebbach (Komm.) trat für Schonung der kleinen Gewerbetreibenden ein. Abg. Kaul (Soz.) bemängelte, daß die Veranlagungen bisher ohne Rücksichtnahme mit den Berufsorganisationen vorgenommen wurden. Abg. Merenthaler (Kösl.) hielt die Veranlagung der Steuer nach dem Reinertrag für das einzig Richtige. Abg. Henne (Dem.) machte starke Bedenken des Handwerks und Gewerbes gegen den Entwurf geltend. Es sei ungerath, wenn die freien Berufe auch heute noch von der Gewerbesteuer befreit bleiben. Abg. Theodor Fischer (Soz.) hat die Regierung, der Postage des Gewerbes Rechnung zu tragen. Finanzminister Dr. Dehlinger erklärte, der Entwurf werde für Handel und Gewerbe in den Fällen eine Entlastung bringen, wo sie sachlich begründet sei. Die Sähe seien gerichtet. Weiter wandte sich der Minister gegen eine Besprechung der Steuerverhältnisse einer Standesherrschaft in Gaildorf durch den Abg. Winter und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Steuerrückstände in Höhe von 13 Millionen infolge Besserung der wirtschaftlichen Lage besser eingeben würden. Hierauf wurde der Gesetzentwurf an den Steuerauschuß überwiesen. Die Bestimmung der nächsten Sitzung wurde dem Präsidenten überlassen.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 8. November 1926.

— Weihnachtspakete nach überseeischen Ländern. Es empfiehlt sich, Weihnachtspakete nach überseeischen Ländern schon Anfang November bei der Post einzuliefern, damit die rechtzeitige Auslieferung an die Empfänger gesichert ist.

— Briefsendungen nach dem Ausland richtig freigemacht! Trotz wiederholter Hinweise werden immer noch in großer Zahl Briefsendungen nach dem Ausland von den Absendern unzureichend freigemacht. Volle Freimachung der Sendungen liegt im eigenen Vorteil der Absender, da sie den Empfängern auf diese Weise die Bezahlung von Nachgebühren sparen, die in der Regel in doppelter Höhe des Fehlbetrages bei der Auslieferung der Sendung erhoben werden. Als Gebührensätze kommen in Betracht: 1. nach Freie Stadt Danzig, Litauen und Memelgebiet, Luxemburg sowie Oesterreich die Inlandsätze; 2. nach der Tschechoslowakei: Briefe bis 20 Gramm 20 $\frac{1}{2}$, jede weiteren 20 Gramm 15 $\frac{1}{2}$, Postkarten 10 $\frac{1}{2}$, Drucksachen je 50 Gramm 5 $\frac{1}{2}$, Geschäftspapiere je 50 Gramm 5 $\frac{1}{2}$, mindestens 25 $\frac{1}{2}$, Warenproben je 50 Gramm 5 $\frac{1}{2}$, mindestens 10 $\frac{1}{2}$; nach Ungarn: Briefe bis 20 Gramm 20 $\frac{1}{2}$, jede weiteren 20 Gramm 10 $\frac{1}{2}$, Postkarten 10 $\frac{1}{2}$, Drucksachen je 100 Gramm 5 $\frac{1}{2}$, jedoch Postdrucksachen bis 50 Gramm 3 $\frac{1}{2}$, Geschäftspapiere je 100 Gramm 5 $\frac{1}{2}$, mindestens 20 $\frac{1}{2}$, Warenproben je 100 Gramm 5 $\frac{1}{2}$, mindestens 10 $\frac{1}{2}$; 4. nach dem übrigen Ausland (auch Polnisch-Oberschlesien und die an Polen außerdem abgetretenen preussischen Gebiete): Briefe bis 20 Gramm 20 $\frac{1}{2}$.

Stuttgart, 6. Nov. (Landesausstellung von Lehrungsarbeiten.) Die Landesausstellung von Lehrungsarbeiten, welche noch bis zum 14. November täglich bei freiem Eintritt geöffnet ist, erfreut sich eines außergewöhnlich starken Besuches. Da bei der diesjährigen Ausstellung besonders das Handwerk sehr stark vertreten ist, gibt dieselbe einen umfassenden Einblick in das wertvolle Schaffen der verschiedenen Berufsstände. Aus allen Teilen des württ. Landes kommen auch die Berufsberater mit den ihrer Beratung anvertrauten jungen Leuten nach Stuttgart, um auf einem Gang durch die Ausstellung einen Einblick in das Arbeitsgebiet der verschiedensten Berufe zu geben.

Blumenschau. Am Samstag wurde vor geladenen Gästen in den Ausstellungshallen auf dem früheren Theaterplatz eine Chrysanthemum-Schau eröffnet, die vielleicht das Schönste ist, was bisher die Gärtner von Stuttgart und Umgebung gezeigt haben.

Besichtigungsreise. Der Finanzausschuß des Landtags unternahm eine Waldbesichtigung in den staatlichen Forstbezirken Freudenstadt und Oberal. Die Besichtigung ließ erkennen, daß die württ. Staatsforstverwaltung mit Erfolg bemüht ist, unter Ausnutzung aller in Betracht kommenden Umstände die größtmögliche Wirtschaftlichkeit zu erzielen. Beabsichtigt ist noch eine Besichtigung der Forstbezirke Waindt, Rosenwangen und des Schönbuschs.

Jugendfürsorgeheim. Der Verein „Stuttgarter Fürsorgeheim“, der sich seit 1908 um die Fürsorge für hilfsbedürftige, gefährdete und entlegene junge Männer annimmt, sah sich infolge der immer dringender auftretenden Bedürfnisse genötigt, das bekannte Stuttgarter Wäldchen durch einen Neubau in Cannstatt zu erweitern. Am Freitag wurde das von der Firma Klatte & Weigle erbaute Haus in Anwesenheit von Kirchenpräsident D. Dr. v. Metz, Senator Rau, Polizeipräsident Kläber, Regierungsrat Böckh und Direktor Aldinger feierlich eingeweiht.

Wäldchen a. C., 6. Nov. (Todesfall.) Fabrikant Carl Heinrich Frank, der Leiter der Linzer Niederlassung der Ludwigsburger Firma Heinrich Frank Söhne, ist in Linz a. D. im Alter von 78 Jahren gestorben. Der Verstorbene war Ehrenbürger der Stadt Wäldchen und der Stadt Linz. Seine Vaterstadt Wäldchen verdankt ihm hochherzige Stiftungen.

Der Sparerbund und die Aufwertung von Freudenstadt

Freudenstadt, 6. Nov. Der Sparerbund richtete in letzter Zeit Angriffe auf die Stadtverwaltung, in denen die Aufwertung der Stadt als völlig ungenügend bezeichnet und gesagt wurde, die Stadt habe während der Inflation riesige Vermögenswerte angesammelt und sie sei in der Lage, eine höhere als die beschlossene 20prozentige Aufwertung zu bezahlen. Gegen diese Angriffe wendet sich nun Stadtverordneter Dr. Blächer in einer Veröffentlichung, in welcher u. a. gesagt wird:

Der vom Gemeinderat festgesetzte Aufwertungsprozentsatz von 20 Prozent übersteigt, wie auch der Sparerbund selbst zugeben muß, um 75 Prozent den gesetzlich angeordneten Prozentsatz. Der Gemeinderat Freudenstadt hat dabei die reichsten Gemeinden Württembergs wie Ulm, Reutlingen, Stuttgart, nach reichlicher Überlegung als Vorbild genommen. Alle drei Städte sind relativ viel reicher, haben ganz andere Steuerquellen und einen viel größeren Grundbesitz. In Norddeutschland ist der Aufwertungsprozentsatz durchschnittlich ein viel geringerer. Auch in dem Gemeinderat keine Stadt bekannt, die höher als 20 bis 25 Prozent aufwertet. Ob aber mit 25 Prozent ohne Zins aufgewertet wird oder mit 20 Prozent bei 5 Prozent Zins, kommt bei einer 25jährigen Tilgungszeit genau auf das gleiche heraus. Im übrigen hält der Sparerbund ja die Aufwertung der Stadt für „völlig ungenügend“, jedoch er also wohl mit 40 oder 50 Prozent Aufwertung, wenn nicht noch mehr, rechnet. Der Gemeinderat Freudenstadt war sich aber vollständig darüber einig, daß er eine über die von ihm vorgeschlagene hinausgehende Aufwertung vor der steuerzahlenden Bürgerschaft nicht verantworten kann, denn es liegt nicht am Willen der Stadt, sondern am Können. Nun wird aber eben dieses Können vom Sparerbund bestritten mit der Behauptung, daß sich die Stadt Freudenstadt ungeheuerlich in der Inflation bereichert hätte. Viele völlig irrtümliche Auffassungen, die in manchen Kreisen herrscht, kann gar nicht stark genug besänftigt werden. Die Stadtverwaltung ist heute viel ärmer, sogar ganz erheblich ärmer, als sie es vor dem Kriege war und zwar aus folgenden Gründen: 1. Die frühere Stadtverwaltung hatte am Ende des Krieges, also vor Beginn der Inflation, ungefähr 10 Millionen Schulden wie Guthaben, nämlich rund eine Million Staatsanleihen als Guthaben in dem Kassenschatz der Stadt, neben einer Million Schuldverschreibungen der Stadt, und das Verhältnis wäre heute noch ganz genau das gleiche, wenn wir nicht während der Inflation bei dem sinkenden Sinken der Kriegsanleihe ungefähr für 200 000 Mark verkauft hätten, und als Gegenstück eben dann auch 200 000 Mark bekommen haben. So wie nun aber Reich und Staat ihre eigenen Guthaben aufwertet, kommt als Ergebnis heraus, daß die Stadtgemeinde noch einige 1000 Mark auslösliche Rechte erhält, die ungenügend sind, während die Stadtverwaltung bei einer Aufwertung von 20 Prozent sofort wieder 200 000 Mark Schulden mit jährlicher 4prozentiger Zinszahlung in ihren Etat einstellen hat. 2. Abgesehen davon, daß jede weitere Aufwertung unsere hiesige steuerzahlende Bürgerschaft mit einer höheren Umlage belastet, gibt es aber nun in Freudenstadt selbst eine verhältnismäßig geringe Anzahl, die ihr Geld gerade bei der Stadt angelegt haben. Weitens die Mehrzahl der hiesigen Bürgerschaft verliert ihr Geld in Kriegsanleihen, in Staatspapieren, bei Banken oder bei Sparkassen. Alle diese Gläubiger wären glücklich, wenn sie von ihrem sauer verdienten Geld 20 Prozent wenigstens wieder sehen würden. Würde man aber nun dem Verlangen des hiesigen Sparerbundes nachgeben, so käme das verkehrte Ergebnis heraus, daß denn einige wenige hiesige Gläubiger aus öffentlichen Mitteln eine höhere Aufwertung erhalten auf Kosten derer, die vom Reich, Staat usw. so gut wie nichts mehr erhalten, denn entweder müßte die Umlage erhöht oder die Gebühren für Gas, Wasser oder Elektrizität sofort erhöht werden. Dafür aber werden sich wohl unsere hiesigen Steuerzahler samt und sonders bedanken, daß sie dafür besonders bluten sollen, damit einige Leutchen, die das Glück gehabt haben, bei der Stadt gerade ihr Geld anzulegen, nicht nur weit mehr als sie selbst vom Reich und Staat erhalten. Ja, wenn die Stadt wenigstens dieses Geld ausschließlich an hiesige Bürger schulden würde, könnte man noch eher an eine höhere Aufwertung denken, aber kaum

ein Drittel von unseren Schulden steht bei hiesigen Bürgern an; von den 200 000 Mark, die wir als neue Schuldaufnahme bei 20 Prozent Aufwertung machen müssen, kommen nur 60 000 Mark hiesigen Bürgern zugute und 120 000 Mark fließen nach auswärts, in der Hauptsache nach Frankfurt, Stuttgart, Berlin usw. Würde also eine höhere Aufwertung möglich sein, so würden immer zwei Drittel all des Geldes, das unsere hiesige Bürgerschaft durch Steuerzahlen aufbringen muß, nach auswärts abfließen, während wir selbst um unser eigenes Vermögen gekommen sind. In diesem Beispiel sieht man am allerbesten, daß eine Stadtgemeinde für sich allein eigentlich nicht anders aufwerten könnte als das Reich oder der Staat, denn eine Gemeinde ist nur das kleinste Glied in diesem großen Organismus.

Es wird dann hervorgehoben, wie sehr sich die Steuerkraft einer Stadt verringert habe, daß sich die Lasten, die die Inflation für eine Gemeinde gebracht, nämlich die Klein- und Sozialrentenfürsorge, größer geworden seien, und daß die Inflationswerte, welche die Stadt eingetauscht habe, keine Werte seien, die größere Einnahmen bringen. Die Kampfesweise des Sparerbundes sei bedauerlich und er sei schlecht beraten gewesen, als er sich von Stuttgart aus zu einem Schritt gegen seine eigene Stadt drängen ließ, die gerade in der Fürsorge für ihre hiesigen Gläubiger immer ein besonderes Wohlwollen gezeigt hat. Bei dieser Solidarität allerdings werde sie gezwungen sein, nunmehr streng nach dem Rahmen des Gesetzes zu verfahren.

Der Württ. Gemeinderat zum Finanzausgleich

Stuttgart, 6. Nov. Bei sehr starker Beteiligung aus dem ganzen Lande fand im Stadtparksaal die vierte Vollversammlung des Württ. Gemeinderates statt. In seiner Beratungsansprache teilte der Vorsitzende, Stadtverordneter Hoyer-Belshausen mit, daß nach dem Erscheinen des endgültigen Entwurfs zum Finanzausgleichsplan der Gemeinderat in einer besonderen Vollversammlung zu diesem Stellung nehmen wird. Er wandte sich dann gegen den Vorwurf von staatlicher Seite, als ob die Gemeinden nicht genügend sparsam wirtschafteten; eine weitere Bewohnersvermehrung sei in kleinen und mittleren Städten nicht möglich. Reichsrat Hoyer-Belshausen betonte im Namen der Stadt Stuttgart, daß in der Frage des Finanzausgleichs volle Einmütigkeit herrsche. Der Sprecher des Deutschen Landgemeinderates, Dr. Schmidt, bezeichnete als Hauptschulden an der finanziellen Ueberlastung der Gemeinden nicht den Staat, sondern das Reich, solange nicht anderweitige Mittel den Gemeinden zur Verfügung stehen, müsse die Haussteuer (Gebäudeversicherungsteuer) beibehalten werden. Verwaltungsdirektor Schmidt erstattete hierauf den Geschäftsbericht, dem zu entnehmen ist, daß die 1520 Mittelgliedergemeinden 1,29 Millionen Menschen, also die Hälfte der Einwohner Württembergs, umfassen. Er wies sodann die Einnahmeverhältnisse der Wirtschaft in Gemeindegemeinschaften zurück. Zu den Schulden übergehend, betonte der Geschäftsführer die Forderung der Gemeinden auf Befreiung von den Lasten für die Volksschulen und Verringerung der Lasten für die höheren Schulen. Das Gebäudeversicherungsteuergesetz bezeichnete er als eine Mißgeburt; es sei einseitig auf Miethäuser eingestellt und werde den Verhältnissen in den kleineren Gemeinden nicht gerecht. Um eine gleichmäßige Beschaffenheit der Landstrassen zu erhalten, müsse gefordert werden, daß der Staat, der ja die Kraftfahrzeugsteuer veranlagt, auch die Ortsteuerstrassen der Landstrassen unterhalte. Die Beiträge der Gemeinden zur Unterhaltung der Staatsstrassen entsprächen nicht den tatsächlichen Leistungen des Staates, weshalb die Gemeinden sich überlegen müßten, ob sie nicht diese Wälder in eigene Verwaltung übernehmen sollten.

Staatsminister a. D. Dr. von Pilsch sprach sodann über den Finanzausgleich. Diese Frage bestehe schon seit der Reichsgründung 1871, habe aber noch nie so die gesamte Öffentlichkeit beschäftigt wie heute. Der Hauptgrund liege in der ganz und gar veränderten wirtschaftlichen Lage. Nachdem einmal die finanzielle Selbstständigkeit der Länder, wie überhaupt die gesamte Reichsorganisation, eine wesentliche Veränderung seit Kriegsende erfahren haben, wäre es konsequent, die ganze Steuerorganisation dem Reich zu überlassen. Man verlange vom Finanzausgleich etwas, was er nicht bringen könne; die bessere Tragfähigkeit der Steuerlast. Es könne nicht auf der Einnahme, sondern nur auf der Ausgabe Seite geholfen werden; das liegt aber nicht bei den Trägern des Finanzausgleichs. Es könne höchstens eine Verringerung bei der Verteilung der Lasten erreicht werden. Alle drei, Reich, Staat und Gemeinden, müssen sich auf Erfüllung der äußersten Lebensnotwendigkeiten einschränken, so gegenüber früher reichlich darüber, solange sich die gesamten Steuermittel nicht vermehren. Die Forderung der Rückgabe wichtiger Steuern an die Gemeinden ache zu weit. Das Zuschlagsrecht bedeute hier den richtigen Mittelweg. Ein befristetes Zuschlagsrecht bestehe wenigstens die finanzielle Hohlheit beim Reich. Antragbar aber werde ein unbefristetes Zuschlagsrecht, namentlich in Zeiten wirtschaftlicher Not sein. Eine Reihe von Steuern eigne sich ohne weiteres zur Ueberlassung an die Gemeinden, sowohl als die Steuerkraft, als auch die finanzielle Hohlheit anbelange. Zu diesen müsse die Ueberweisung von Reichssteuern an die Gemeinden, unter Umständen auch ein befristetes Zuschlagsrecht, treten. Das Zuschlagsrecht zu Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer könne in Württemberg ohne Einschränkung den Gemeinden überlassen bleiben; dasselbe gelte für die Länder bei der Grunderwerb-, Schenkungs- und Erbschaftsteuer. Zur Deckung der den Gemeinden swanasmäßig auferlegten Aufgaben müssen den Gemeinden auch die Mittel zur Verfügung gestellt werden. Dem Finanzausgleich müsse der Vollausgleich entsprechen. Zum Schluß fand eine einstimmige Annahme, die sich mit den Ausführungen der Redner deckt.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Die Raube des Elefanten. Nach einer Blättermeldung aus Breslau wurde der Zirkusdirektor Köhmer, der mit seinen Pferden und einem Elefanten im Streifen in Schlesien kein Winterquartier aufgeschlagen hatte, von dem Elefanten angegriffen und schwer verletzt. Als der Elefant von seinem Wärter ins Freie geführt wurde, ging er plötzlich auf den Direktor los, warf ihn zweimal in die Luft und trampelte auf dem Bestürzten umher. In bedenklichem Zustande wurde er ins Krankenhaus geschafft. Der plötzliche Wutausbruch des sonst als gesund und zahm geltenden Tieres wird auf eine Bestrafung zurückgeführt, die ihm der Zirkusdirektor vor einiger Zeit hatte zukommen lassen.

General Umberto Diaz ermordet. General Umberto Diaz Kommandant der Luftstreitkräfte an der Diküste von Nicaragua, der als Kandidat für die Präsidentschaft genannt worden ist, wurde in der vorletzten Nacht von aufständischen Liberalen ermordet.

10 siebenbürgische Dörfer eingäschert. Wie die Blätter aus Bukarest melden, entstand in der Nähe der siebenbürgischen Stadt Ragnyab ein gewaltiger Brand, der auf 10 nebeneinander liegende Dörfer übergriff. Hunderte von Häusern wurden eingäschert. Der Schaden ist unübersehbar.

Gerichtssaal

Falsche Reiseschein

Das Schöffengericht in Darmstadt verurteilte den 36jährigen Privatlehrer Sanger wegen schwerer Urkundenfälschung um 3 zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, weil er seinen Schülern gefälschte Reisescheine ausänderte, die ihre Befähigung hierzu noch nicht nachgewiesen hatten.

Untrene und Unterschlagung

Ellmangen, 6. Nov. Am Donnerstag fanden der 40 Jahre alte frühere Versicherungsagent Otto Seis in Jostzell und der 24 Jahre alte ledige Kaufmann Walter Meuler von Crailsheim unter der Anklage der Untrene und Unterschlagung vor dem erweiterten Schöffengericht. Das Urteil lautete gegen Seis auf 4 Monate Gefängnis, während Meuler wegen eines Bereubens der Unterschlagung 3 Monate 15 Tage Gefängnis erhielt.

Vermischtes.

Nach ein Lied von der Glocke

Nach ein Lied von der Glocke können der Zimmermann Heilmann in Furiwangen und ein weiterer Arbeiter singen. Die beiden waren mit einer Arbeit im Innern des Glockenturms beschäftigt, wobei Heilmann auf der Glocke sitzen mußte. Pünktlich gegen 11 Uhr klangen ein. Heilmann kam nicht mehr von der Glocke herunter und mußte wohl oder übel auf seinem Sitz schaukeln ausbalancieren, bis das Räten beendet war. Sein Kollege konnte das Räten auch nicht abstellen, da er für den gefährdeten Hilfsleistung einnehmen mußte.

Der neue Tanz: Blaf Bottom

Aus Paris kommt die Nachricht, daß der Charleston in den letzten Tagen liegt. Aber schon taucht ein neuer Tanz, ebenfalls aus dem Rhythmus der Negertänze stammend, auf. Der in Paris kreierte Tanz heißt Blaf Bottom, zu deutsch Schwarzer Schlammgrund, und ist gegen den tosenden Charleston ein langsamer, beschaullicher Tanz. Seine Rhythmen sind rubig und altem. Der Blaf Bottom malt in seinen Grundfiguren die Bewegungen nach, die die Neger durchführen, wenn sie eine schlammige Flut eines Flusses im tiefen Urwald Afrikas durchschreiten.

Handel und Verkehr

Amliche Berliner Preisliste vom 1. und 6. November

	Geld	Brief	Geld	Brief
Baumöl (100 Liter)	1,704	1,708	1,707	1,711
London (1 Pfund Sterling)	20,987	20,417	20,374	20,426
Genève (1 Dollar)	4,304	4,214	4,203	4,215
Hamburger (100 Gulden)	107,94	108,30	108,00	108,45
Brüssel (100 Belas)	54,55	58,78	58,53	58,67
Paris (100 Francs)	17,06	18,00	17,98	17,97
Wien (100 Kronen)	12,76	18,50	14,01	14,05
Schweden (100 Kronen)	81,01	81,21	81,00	81,20
Dänemark (100 Kronen)	62,57	68,78	68,42	68,58
Oslo (100 Kronen)	62,57	68,41	68,20	68,40

Börse

Berliner Börse vom 6. Nov. Die zum gestern Börsenschluß zum Durchbruch gekommenen Abwärtsbewegung hatte zu Kursrückgängen von 1 bis 2 Prozent für die vorangehenden Werte geführt. Die zum Beginn der heutigen Samstagsbörse eingetretenen Abwärtsbewegungen von 1-2 Prozent und veranlaßt aus 3 Prozent gegenüber den gestrigen amtlichen Schlusskursen stellen die Kursrückgänge des Reichsanleihen die Rückläufige Bewegung dar. Auf dem ermäßigten Stande befand sich die Börse dann ausgedehnter Widerstandskraft und kurz nach dem ersten Kurien trat eine allgemeine Befestigung ein. Ihren Ausgange nahm diese von der Werten Kursrückbewegung der sogenannten Freigabewerte (Schuldscheine). Bankein und alle Bergbau, Am Rentenmarkt waren heimische Anleihen wenig verändert. Wertpapiermarkt blieb weiter ruhig und Kursrückgänge liegen 0,8 bis 0,810. Täglich Geld weiter leicht 4,5-6,5 Prozent.

Getreide

Hagold, 7. Nov. (Fruchtbranche.) Markt am 6. November: Verkauf: 20,33 Zentner Weizen, Preis pro Ztr. 15-15,50 M.; 5,92 Ztr. Dinkel, Ztr. 10 M.; 1,90 Ztr. Roggen, Ztr. 11 M.; 9,62 Ztr. Gerste, Ztr. 11 M.; 7,19 Ztr. Hafer, Ztr. 8-9 M. Bei lebhaftem Handel in kurzer Zeit alles verkauft. Nächste Roggenfrage nach Weizen. Nächster Fruchtmarkt am 13. November.

Wärdte

Stationärer 100- und Gemischtmarkt vom 6. Nov. Obstmarkt 18 bis 25. Tafeläpfel 12-18, Schmelz, Rindfleisch, Rind- und Kalbfleisch 6-7, Spalterbraten 18-25, Tafelbraten 10-18, Cautten 20-30, Schmelz 50-60, Kartoffeln 6-7, Kopfsalat 5-15, G. div. 10-15, Kohlrab 5-6, Hilderbraten 3-4, Weichbraten 3-4, Rostbraten 5-6, Hühnerfleisch 10-15, Hühnerfleisch 15-20, das Stück 0,5 Mark, 25-45, rote Hühner 8-9, gelbe Hühner 5-7, runde Karotten 1 Bund 5-12, Zwiebel 0,5 Mark 5-7, Rettiche 5-6, Spinat 15-20, Mangold 8-10, Rostbraten 3-6.

Schweinefleisch, Rindfleisch: Rindfleisch 300-350, Cäfen 400-700, Rindfleisch 300 bis 350, Kalbfleisch 350-400, Jungschweine 250-300 M. - Rindfleisch: Rindfleisch 450-500, Kalbfleisch 450-500, Jungschweine 120-150, Hühner 80 M.

Schweinefleisch, Rindfleisch: Rindfleisch 20-25 M. - Schmelzbraten: Rindfleisch 12-18, Cäfen 25-35 M. - Cäfen: Rindfleisch 15-20, Cäfen 25 bis 30 M. - Rindfleisch: Rindfleisch 100-200 M. - Rindfleisch: Rindfleisch 17 bis 24 M. - Rindfleisch: Rindfleisch 15-27 M. - Rindfleisch: Rindfleisch 17-27 M. - Rindfleisch: Cäfen 25-35 M. - Rindfleisch: Rindfleisch 15 bis 22 M. - Rindfleisch: Rindfleisch 15-25 M. - Rindfleisch: Rindfleisch 10-20 M. - Rindfleisch: Rindfleisch 20-25, Cäfen 40 bis 80 M.

Hopsen

Hopsen. In Darmstadt wurde für Hopfen 400-500 M. in Nürnberg für Hopfen 500 M. nach Trinsfeld, in Reimsheim 500 M. nach 100 M. Trinsfeld erklärt.

Wein

Wärdte. Wein. In Großbottmer ist alles verkauft zu 800 bis 1200 M. - Bei der Weinversteigerung des Grafen von Reipoltskirchen Remans wurden erzielt für Remansper und Trölmere mit Wein 170-175, Trölmere 170-180, Weichbraten 184-200, Weichbraten 220 und Rindfleisch 111 M. pro Zentner.

Obst

Herrenberg, 6. Nov. (Obstmarkt.) Anfuhr ca. 100 Zentner; Preis für Birnen 5-5,50 M. pro Ztr., Äpfel 6-6,50 M. gemischtes Obst 5,80 M. - Tafeläpfel waren ca. 30 Ztr. angefuhr. Preis per Zentner 12-15 M. Birnen 10-12 M. In Rostzell ging der Handel lebhaft; es wurde alles abgesetzt. Tafelobst: Qualitäten und Sorten im allgemeinen gut. Sorten: Boscoop, Popen, Goldperminen, gesammter Kardinal.



Rechte Nachrichten.

Das Saarabkommen unterzeichnet

Berlin, 7. Nov. Am Samstag, 6. November, 6 Uhr nachmittags, ist im Auswärtigen Amt eine deutsch-französische Vereinbarung über den Austausch von Erzeugnissen einiger deutscher und saarländischer Industrien gezeichnet worden. Von deutscher Seite zeichneten Reichsminister Dr. Stresemann und Ministerialdirektor Pöffe, und von französischer Seite Vizekonsul de Margerie und Ministerialdirektor Serruys. Die Vereinbarungen, die nach zweiwöchigen Verhandlungen zwischen Pöffe und Serruys zustande gekommen sind, soll der saarländischen und der deutschen Industrie, besonders der eisenhaltigen und der eisenbearbeitenden Industrie die Möglichkeit bieten, ihre natürlichen Absatzgebiete zu beliefern. Diese Vereinbarung ergänzt das am 5. August 1926 zwischen Deutschland und Frankreich abgeschlossene Abkommen über den Warenaustausch zwischen Deutschland und dem Saargebiet und bietet zusammen mit diesem eine zwar nicht vollständige, aber doch weitgehende Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und dem Saargebiet. Das Abkommen tritt, wenn es von den gesetzgebenden Körperschaften ratifiziert worden ist, mit dem 1. Dezember 1926 in Kraft und läuft bis zum 31. März 1927.

Wiedereinführung der Orden und Ehrenzeichen in Deutschland?

Berlin, 7. Nov. Wie die „Welt am Montag“ erfahren haben will, bereitet Reichsminister Dr. Kütz angeblich z. Bt. einen Gesetzentwurf vor, der dem Staate wieder die Möglichkeit geben soll, Orden und Ehrenzeichen zu verleihen und gleichzeitig das Verbot zur Annahme ausländischer Titel oder Orden aufzuheben. Zur Begründung wurde angeführt, daß der gegenwärtige Zustand es der Regierung und dem Reichspräsidenten unmöglich mache,

dem Deutschen Reich von In- und Ausländern geleistete Dienste entsprechend zu belohnen.

Die zweite deutsch-englische Industriellenbesprechung

London, 7. Nov. „Observer“ meldet, es werde jetzt angenommen, daß die zweite Zusammenkunft zwischen der deutschen und englischen Industrie Anfang April in den großen chemischen Werken von Dr. Duisberg-Levertusen stattfinden werde. Der Korrespondent des Blattes, der Dr. Duisberg in Levertusen und Herrn Kasil in Berlin aufsuchte, bemerkt, daß die deutschen Industriellen das „wirtschaftliche Locarno“ sogar in noch größerem Maße als die Engländer als eine Frage des wirtschaftlichen Lebens und Todes von ganz Europa ansehen.

Schiffszusammenstoß infolge Nebel

Wilhelmshaven, 7. Nov. Auf einer Probefahrt vor Antritt seiner 17monatlichen Weltreise hatte der Kreuzer „Emden“ bei Nebel einen leichten Zusammenstoß mit dem dänischen Dampfer „Elisabeth“ aus Kopenhagen, der beim Weckfeuererschiff vor Anker lag. Die „Elisabeth“ lief mit Beschädigung oberhalb der Wasserlinie Bremen an, während die „Emden“ nach Wilhelmshaven zurückkehrte.

Ein neuer Skelettfund

Berlin, 7. Nov. Bei der Fortsetzung der Rigolarbeiten auf Pehow wurde gestern nachmittag ein weiteres Skelett gefunden. Es lag wenige Meter von der Stelle der bereits vor einigen Tagen gefundenen Skelette. Dasselbe muß längere Zeit in der Lehmerde gelegen haben, in welcher es sich gut erhalten hat. Die wissenschaftliche Untersuchung der Skelette ist noch nicht beendet.

Brückeneinsturz in Liebenwalde

Berlin, 7. Nov. In der Nähe von Liebenwalde wurde gestern abend durch Hochwasser eine Brücke und ein Wehr, die zwecks Regulierung der Havel errichtet worden waren, zerstört. Die Ursache des Einsturzes ist noch nicht festgestellt. Menschenleben sind nicht gefährdet worden.

Der Erzbischof von Köln beim Papst
Rom, 7. Nov. Kardinalerzbischof Dr. Schulte von Köln wurde heute vom Papst empfangen. Sein Besuch galt, wie verlautet, der Errichtung einer kanonischen Fakultät in Köln, sowie der Neuordnung der deutschen Seelsorge in Italien und besonders in Rom.

Flugzeugabsturz in Bolivien

La Paz, 6. Nov. In der Nähe von Santa Cruz stürzte ein Flugzeug ab. Der Führer, der Maschinist und vier Passagiere wurden getötet.

Erfolge der Aufständischen in Nicaragua

Managua, 7. Nov. Die revolutionären Liberalen nahmen die Stadt San Juan Del Norte und haben damit fast die ganze Ostküste Nicaraguas in der Hand.

Die Uberschwemmungen in Bari

Rom, 7. Nov. Nach Blättermeldungen sind bei der Uberschwemmung in Bari 24 Menschen umgekommen.

Rehabilitierung des spanischen Artilleriekorps

Madrid, 7. Nov. Der Ministerrat beschloß in seiner gestrigen Sitzung, dem König einige Maßnahmen zur Genehmigung zu unterbreiten, die darauf abzielen, dem Artilleriekorps seine Stellung in sachlicher und moralischer Beziehung wiederzugeben.

Das Follering aufgelöst

Kopenhagen, 7. Nov. Das Follering ist durch königlichen Erlaß ab 1. Dezember aufgelöst worden. Die Neuwahlen finden am 2. Dezember statt.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Laut
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig

Unsere Zeitung bestellen!

Altensteig-Stadt.

Die Halbenstraße

ist wegen Vornahme von Grabarbeiten, für jeden Fahrverkehr am 8. und 9. ds. Mts.

gesperrt.

Altensteig, den 8. November 1926.

Stadtschultheißenamt: Pfizenmaier.

Altensteig-Stadt.

Freiwillige Feuerwehr.

Im Laufe dieser Woche findet eine

Nacht-Übung

statt. Alarmierung durch Sirene und Spielleute.

Stadtkommando.

Heute Abend 8 Uhr

Gemeinschafts-Stunde

mit Gedächtnisfeier im Gemeindehause.

Oberweiler.

Einen Wurf schöne, ans Fressen gewöhnte

Milchschweine

verkauft Mittwoch mittag 1 Uhr

Waldbelch z. Hirsch.

Gestorbene.

Calw: Marie Frank Witwe, Freudenstadt: Kath. Schwendemann geb. Großmann, 24 J.

Höfe: Johannes Kober, alt Neubauer, 71 J.

Freudenstadt: Frieda Betsch, 17 J.

Obertal-Tannenfeld: Bernhard Burghardt, Bauer, 57 J.

Schwarzenberg: Karl Seidt, Schreinermeister, 77 J.

Erzgrube: Marie Vohner, geb. Schumacher, 76 J.

Freudenstadt: Anna Maurer, 27 J.

Dornstetten: Elisabeth Schöller, geb. Seeger.

Das Reichs-Kursbuch

Übersicht der Eisenbahn-, Kraftwagen-, Luftverkehr- und Dampfschiffverbindungen in Deutschland, sowie der bedeutenderen Verbindungen der übrigen Teile Europas und der Dampfschiffverbindungen mit außereuropäischen Ländern. — Mit Eisenbahn-Übersichtskarte. — Ausgabe Dezember 1926. Herausgegeben von der Reichspost und der Reichsbahn. Preis Mk. 6.50 — Zu beziehen durch die

W. Rieker'sche Buchhdlg., Altensteig

Telefon Nr. 11.

Neuweiler.

Todes-Anzeige.



Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unsere liebe Schwester und Schwägerin

Philippine Pfeiffer

Sonntag früh unerwartet rasch im Alter von 63 Jahren verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Dienstag, mittags 1 Uhr statt.

Altensteig.

Dankagung.



Tiefgerührt von den vielen Beweisen herzlicher Teilnahme, welche meine heimgegangene Frau

Karoline Bock

geb. Schaupp

während ihres Krankseins erfahren durfte, für die vielen Kranz- und Blumenpenden bei ihrem Begräbnis, für den Gesang des Mädchenchors, den Posaamenchören und Jungmänner-Bereinen Altensteig und Obertal unter Leitung des Herrn Stadtmusikus Maier, dem Herrn Stadtpfarrer für seine tröstenden Worte und für das zahlreiche Beigehengefolge spreche ich — auch im Namen meiner Angehörigen — herzlichen Dank aus

Friedrich Bock.

Verkaufe eine 32 Wochen trüchtige



Kuh

sowie ein 7 Monate altes

Rind

Michael Großmann, Meistern.

Ragob.

Bringe mein gutfortiertes Lager in

Sperr-Apparaten und Platten

(Marke Obeon)

in empfehlende Erinnerung

Günstige Zahlungsbedingungen!

J. Laut'sche Buchhandlung.

Alle Drucksachen

fertigt billigst die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Jhre Hühneraugen beseitigt **LEBEWOHL** DIE PFLASTERBINDE MIT FILZRING

Blechdose (8 Plaster) 75 Pfg. Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschwell Schachtel (3 Bäder) 50 Pfg. Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher zu haben bei: Fritz Sälumberger, Schwarzwald-Drogerie, Altensteig.

